

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1909**

265 (12.11.1909)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Monatspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 2,25 Mk., vierteljährlich 6,75 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die empfangliche, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Verlagsdruckerei Gsch. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfasst einschließlich der Unterhaltungsbeilage 10 Seiten.

### Jahresbilanz.

Ein Jahr ist verfloßen, seit die Kaiserkrise in den Debatten des Reichstags über das persönliche Regime Wilhelms II. ihren Höhepunkt fand. Am 23. Oktober 1908 hatte das Londoner Blatt „Daily Telegraph“ den Inhalt einer Unterredung veröffentlicht, die der deutsche Kaiser einige Wochen zuvor mit einem den englischen Hofkreisen nahestehenden Diplomaten geführt haben sollte. In dieser Unterredung, die zunächst vielfach für eine bloße Erfindung gehalten wurde, sich jedoch bald als Wirklichkeit erwies, hatte der Kaiser mit der ihm eigenen überaus lebhaften Gesprächigkeit alle Fragen der auswärtigen Politik berührt und zwar war das in einer Weise geschehen, die allerorten das stärkste Befremden und die lebhafteste Unruhe hervorrief. Wilhelm II. erklärte in diesem Gespräch die Engländer für „verrückt, total verrückt, absolut verrückt“, weil sie an seiner Freundschaft für England zweifelten. Im Gegensatz zu der großen Mehrheit des deutschen Volkes, die die englandfeindlich sei, sei er, der Kaiser, ein hingebungsvoller Freund Englands und diese Freundschaft habe er mehrmals bewiesen. So habe er im Dezember 1899 seiner Großmutter, der Königin von England, aus der Not des Burenkrieges geholfen, indem er für einen von ihm ausgearbeiteten Feldzugsplan überhand, nach dem die Buren dann auch richtig besiegt worden seien. Im selben Jahre hätten ihm die Franzosen und Russen in allem Vertrauen ein geheimes Bündnis gegen England angetragen, um das britische Reich bis in den Staub zu demütigen. Er habe aber diesen Plan hintertrieben, indem er ihn sofort nach London mitgeteilt habe. Darum sollten die Engländer sich alles Mißtrauens gegen ihn entsagen und sich lieber bereit halten, mit Deutschland zusammen durch Vereinigung beider Kriegesflotten gemeinsame Interessen im stillen Ozean gegen Japan zu verteidigen.

Als sich herausstellte, daß der Kaiser das alles, wie es im „Daily Telegraph“ gedruckt stand, auch wirklich gesagt hatte, griffen sich alle Nationen der Welt erstaunt an den Kopf. War es denn wirklich möglich, daß der Repräsentant des deutschen Reiches mit der Absicht der Veröffentlichung Meinungen ausgesprochen hatte, die man im besten Falle als ein grobkörniges Gemenge von diplomatischen Mißgriffen und tatsächlichen Verirrungen bezeichnen konnte?

Die konservative englische Presse benützte die ungewöhnlich falsche Behauptung des Kaisers, daß die Mehrheit des deutschen Volkes englandfeindlich gefimmt sei, zu einer neuen Rüstungshetze. Engländer ohne Unterschied der Partei äußerten ihren tiefen Unmut darüber, daß sich der deutsche Kaiser das strategische Verdienst an der Vermeidung des Burenkrieges zuschrieb, und die offiziöse Presse Englands wies diesen Anspruch des Kaisers in höchst unliebenswürdiger Weise zurück, indem sie seine Erzählung als durchaus irrtümlich bezeichnete. Nicht angenehmer klang die Kritik des Kaisergesprächs aus Paris und Petersburg. Auch von dort wurden die Behauptungen Wilhelms II., soweit sie sich auf den angeblichen geheimen Bündnisvertrag gegen England bezogen, um so schärfer zurückgewiesen, da die englisch-französisch-russische Verständigung eben in der Zeit ihrer ersten Blüte stand. Mit äußerstem Befremden nahm man den Bericht des Kaisers auf, wonach er vertraulich geführte diplomatische Verhandlungen, ohne hierzu irgendwie ermächtigt zu sein, seiner Macht mitgeteilt haben sollte, gegen die sie angeblich gerichtet waren. Unter solchen Umständen, erklärte die französische und die russische Regierungspresse, werde es überhaupt nicht mehr möglich sein, mit Deutschland vertrauliche Verhandlungen zu führen.

Starke Aufregung rief das Interview auch im fernen Osten hervor, namentlich unter den dort lebenden Deutschen, die sich in ihrer Stellung schwer geschädigt fühlten. Eben erst hatte Wilhelm II. den japanischen Prinzen Koni in Berlin mit Liebenswürdigkeiten geradezu überschüttet und ihm den Schwarzen Adlerorden umgehängt. Fast zu derselben Zeit aber sollte er die Engländer zu einem gemeinsamen kriegerischen Vorgehen gegen Japan aufgefordert haben, gegen daselbe Japan, mit dem England in einem Bündnisvertrag stand!!

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des seltsamen Gesprächs brach auch in der deutschen bürgerlichen Presse ein Sturm gegen den Kaiser los, den man noch wenige Tage zuvor für unmöglich gehalten haben würde. Mit besonderem Eifer beteiligte sich die konservative und nationalliberale Presse an dem Wettkampf schärfster Kritik. „Die englischen Entwürfe“, schrieb der „Reichsbote“, „sind für die deutsche Politik ein so schwerer Schlag, wie sie noch kein zweiter betroffen hat. Wird man sich wundern dürfen, wenn jetzt im Reichstag Einrichtungen verlangt werden, welche die deutsche Politik gegen gewöhnliche Neigungen schützen? Die „Rheinisch-Westf. Zeitung“, das bekannte Scharfmacherblatt, schrieb:

„So sprach kein Politiker... Auf's tiefste wird es die deutsche Volksseele treffen, daß sein Kaiser den Kriegesplan ausgearbeitet hat, mit dem das tapfere Burenvolk vernichtet worden ist. Der deutsche Kaiser als unerprobter Strategie gegen ein niederdeutsches Volk, das ist ein Bild, das Jahrzehnte nicht verwischen können... So hat nie ein deutscher Kaiser gehandelt und so darf ein deutscher Kaiser niemals handeln. Wenn sich die Meldung bewahrheitet, dann müssen wir gestehen, daß wir unsern Kaiser nicht mehr verstehen.“

Während die Treuesten solche Kritik übten — man könnte mit ähnlichen Urteilen wie den zitierten Wände füllen —, reiste der Kaiser bekanntlich zum Fürsten von Fürstberg nach Donaueschingen, wo Fuchsjagden stattfanden und Kabarettvorstellungen gegeben wurden. Und inzwischen verhandelte der Reichstag!

Wieder waren es, wie in der Presse, sämtliche Parteien, die das Vorgehen des Kaisers der allerhöchsten Kritik unterwarfen. Herr Passermann sprach von einer „verlorenen Schlacht“ und von der Stärkung republikanischer Anschauungen in Deutschland. Herr Wiemer beklagte einen Rückgang des monarchischen Empfindens und selbst Herr v. Seydewitz erklärte: „Man muß es ganz offen aussprechen, daß es sich hier um eine Summe von Sorgen, von Bedenken, und man kann auch wohl sagen von Unmut handelt, der sich seit Jahren angesammelt hat, auch in Kreisen, an deren Treue zu Kaiser und Reich noch niemand gemweifelt hat.“ Der rüde Herr Liebermann v. Sonnenberg aber erklärte rund heraus: „Das Vertrauen im Volke ist auf den Nullpunkt gesunken!“

Das war jetzt vor einem Jahre, am 10. und 11. November 1908. Und jetzt zeigt sich deutlich, wie sehr das Mißtrauen berechtigt war, das die sozialdemokratischen Redner von damals, die Genossen Singer und Feine, in den Willen der bürgerlichen Parteien, bessere Zustände zu schaffen, gesetzt hatten. Ein Jahr ist seitdem vergangen und was ist geschehen? Eine Geschäftsordnungskommission des Reichstags hat sich vergebens damit beschäftigt, das Interpellationsrecht des Reichstags vom guten Willen der Regierung unabhängig zu machen und die Fassung von Beschlüssen im Laufe von Interpellationsdebatten zu ermöglichen. Auch von der Schaffung eines Kanzlerverantwortlichkeitsgesetzes, von einem verantwortlichen Reichsministerium, ist die Rede gewesen, aber auch hier verliefen die ersten Anläufe im Sande. Eine Reorganisation des auswärtigen Amtes wurde angekündigt. Erst in diesen Tagen ist in den Zeitungen gemeldet worden, daß diese Reorganisation des auswärtigen Amtes aus — „Sparmaßregeln“ doch wieder unterbleiben soll.

Gegen einen ausdrücklich kundgegebenen Willen wurde der Reichstag im Sommer dieses Jahres nicht vertagt, sondern geschlossen. Erst nach seinem Schluß, als das Reich für unbestimmte Zeit jedes parlamentarischen Kontrollapparats beraubt war, ernannte der Kaiser an Stelle des Fürsten Bülow Herrn v. Bethmann-Hollweg zu seinem Reichskanzler. Fügt man hinzu, daß vor wenigen Tagen ein Majestätsbeleidigungsurteil gegen einen Sozialdemokraten, der das Vorgehen des Kaisers im November vorigen Jahres kritisiert hatte, erst kürzlich vom Reichsgericht bestätigt worden ist, und daß gleichfalls erst kürzlich ein ostelbisches Gericht einen Mann wegen Majestätsbeleidigung verurteilt hat, weil er es unterlassen hatte, bei Ausbringung eines Kaiserhochs seinen Hut zu lüften, so kann man die Bilanz des letzten Jahres von November zu November ungefähr schließen. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, von ihnen erkannte und in schreienden Farben geschilderte Gefahren für das Vaterland zu beseitigen, mit erkannten Mißständen auch wirklich aufzuräumen, hat sich im Laufe dieses Jahres in geradezu grotesker Weise erwiesen. Und wenn sich neuer-

dings ungeahnt gewaltige Volksmassen von diesen bürgerlichen Parteien losjagen, um sich der Sozialdemokratie anzuschließen, so ist das nicht nur ein Verdienst der Reichsfinanzreform, sondern auch der vorjährigen Novemberkrise und ihres für das Bürgertum so äußerst beschämenden Verlaufs.

Im Reich regiert nach wie vor der Absolutismus. In Preußen aber regieren die Junker so unumschränkt, daß sie heute dem König erklären, er dürfe kein gegebenes Wort nicht halten. Diese Junkerherrschaft ist das einzige Stück „Konstitution“ in der preußisch-deutschen Politik, sonst gilt auch heute noch überall das Wort: *Soprema lex regis voluntas.* (Wilhelms II. Willen ist oberstes Gesetz.)

### Der Prozeß Steinheil.

Paris, 11. November.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Zeugenvernehmung hält der Vorsitzende der Mariette Wolff die Aussagen der Journalisten in der bekannten Nacht vom 25. zum 26. November vor, während welcher Frau Steinheil Alexander Wolff als Mörder anklagte. Die Zeugin bestreitet entschieden alle Aussagen, welche von den drei Zeugen über ihre Äußerungen in dieser Angelegenheit gemacht wurden und erklärt kategorisch, daß nichts von alledem wahr sei. Die Zeugin ist sehr aufgeregt und verteidigt sich auf das Energischste gegen die Behauptung, die erwähnte Äußerung getan zu haben. Diese Szene ist eine äußerst bewegte und verursacht sowohl unter den Mitgliedern des Gerichtshofes als auch im Publikum große Aufregung, welche den Vorsitzenden veranlaßt, die Sitzung zu unterbrechen — In den Wandebängen des Justizpalastes kursierte das Gerücht, daß die Zeugin Mariette Wolff wahrscheinlich infolge ihrer widersprechenden Aussagen verhaftet werden wird.

Paris, 11. November.

Zu Beginn der heutigen Sitzung entstand eine Diskussion zwischen dem Präsidenten und dem Verteidiger über die Vernehmung der weiteren 20 Zeugen. Der Präsident stellt fest, daß mehrere Zeugen, darunter namentlich eine Anzahl Belastungszeugen, fehlen. Unter den verschiedenen Zeugen befindet sich auch die Schwägerin der Frau Steinheil, ferner der Geliebte der Frau Steinheil, Choarmard. Dann wird die Zeugeneinteilung des Prozesses festgelegt. Wenn irgend möglich, soll der Staatsanwalt noch heute das Wort ergreifen. In diesem Falle wäre es bereits möglich, morgen den Prozeß zu beendigen. Das Urteil würde voraussichtlich erst spät nachts fallen. Als erster Zeuge wird ein Oheim der Angeklagten von mütterlicher Seite her vernommen, ein Herr Corneque, der Chef des Hauses Japy. Dieser äußert sich über die Vermögensverhältnisse der Frau Japy, der Mutter der Frau Steinheil, und über die finanziellen Beziehungen der Familie Japy zu der Familie der Angeklagten. Die Familie Japy hätte zur Aufzucht der Frau Japy die Summe von 210 000 Franken deponiert. Nach dem Tode ihrer Mutter sollte Frau Steinheil die Summe von 656 000 Franken als Erbe erhalten. Der Zeuge sagt weiter aus, daß am 25. Mai vergangenen Jahres Frau Japy in die Familie des Zeugen zum Abendessen kam und dabei einen ersten Schwächezustand zeigte. Hierauf wird als zweiter Zeuge der Schwager der Angeklagten namens Herr vernommen. Dieser erklärt, daß keine Geldschwierigkeiten zwischen den Familien Steinheil und Herr bestanden hätten. Die Familie Herr habe auch nach der Mordtat der Frau Steinheil volle Achtung und Sympathie bewahrt. In der Familie Steinheil gab es keine Alkoholiker, dagegen ist es möglich, daß in der Familie Japy erheblich belastete Mitglieder waren.

### Neueste Nachrichten.

#### Rücktritt des Staatssekretärs v. Tirpitz?

Berlin, 11. Nov. Zu Kreisen, die als gut unterrichtet gelten, wird der „B. Z.“ der Rücktritt des Herrn v. Tirpitz als durchaus wahrscheinliche Sache bezeichnet und über seinen Nachfolger auch bereits ziemlich bestimmte Angaben gemacht. Als solcher soll an erster Stelle Vizeadmiral Capelle in Frage kommen, der bereits seit Jahr und Tag im Reichsmarineamt einen großen Einfluß besitzt.

#### Aus dem bayerischen Landtag.

München, 11. Nov. Die Abgeordnetenkammer hat heute das Umsatzveränderungs-Abgabengesetz, die Wertzuwachssteuer und die Hundesteuer angenommen. Sodann wurde in die Beratung der Warenhaussteuer, welche den Gemeinden überwiesen wird, eingetreten. Bei einem Jahresumsatz von 300 000 Mk. wird eine Steuer von 1 bis 2 1/2 Prozent erhoben, die bei einem Umsatz von 6 Millionen auf 5 bis 7 Prozent ansteigt. Die Sozialdemokraten und die Liberalen lehnen das Gesetz als ein Ausnahmengesetz ab. Die Staatsregierung erklärte, daß auch sie von der Umsatzbesteuerung nicht befriedigt sei, aber trotzdem auf Annahme des Gesetzes bestehen müsse.

en-Hosen, in allen Größen, gemachte Ware, Kronenstr. 40.  
iburg.  
blosseum  
beim  
Martinstor (Trommelstraße)  
Abendglanzgramm  
Anfang 8 Uhr.  
burg.  
strumente  
Art (Radfahrer, silberne, 40 Pf.)  
cher, (Kleidermacher, Nr. 29, 1/2 Uhr ab.)  
er, sehr schön, als Geschenk zu verkaufen, Lagerstr. 33.  
n  
asse 12.







Wader. Die Wichtigkeit imponiert aber längst nicht mehr, man lacht nur noch darüber.

Eine politische Wette.

Badische Blätter wissen wirkliche Wunderdinge zu erzählen über das unvorstellbare Auftreten mancher Agitatoren vom Bauernbund. So stellte einer dieser Herren in dem oberbadischen Orte Wies die verlogene Behauptung auf, daß die Freisinnigen die Nachlässe bis zu 500 Mark herab versteuern wollten!

Es sprach dort Rechtsanwalt Benedey von Konstantz; er schilderte u. a. die ungerechte und unheilvolle Bevorzugung des Adels im Heere und meinte hierbei, daß es mehr als 30 Regimenter gebe, deren Offizierskorps ausschließlich aus Adelligen bestehe.

Sofort griff ein bündlerischer Agitator, Gutbesitzer Krüner, ein und bestritt die Wichtigkeit der Behauptung, unter Berufung darauf, daß er Referent sei. Der Referent Benedey bot Benedey eine Wette von zehn Mark zugunsten der Ortsarmen an, und Benedey nahm die Wette an.

Nun stellte die „Neue Konstanzer Abendzeitung“ aus der Armee-Rangliste von 1909 fest, daß es nicht nur 30, sondern 39 Regimenter oder selbständige Truppenteile gibt im deutschen bzw. preussischen Heere, die keinen einzigen bürgerlichen, sondern ausschließlich adelige Offiziere haben. Es sind dies:

- 1., 2., 3. Garderegiment zu Fuß, 1., 2., 4., 5. Garderegiment, das Gardejägerbataillon, das Gardeeschützenbataillon, 7. und 11. Grenadierregiment, die Regimenter Garde du Corps, Gardeflakjäger, Gardebrigade, Gardesulzaren, 1., 2. und 3. Gardeulanan, 1., 2., 4. und 6. Kürassierregiment, 2., 4., 8., 12., 17., 18., 19. Dragonerregiment, 4., 7., 12. Sufarenregiment, 3., 5., 9., 10., 13. Infanterieregiment, 1. und 4. Gardefeldartillerie-Regiment.

Die Bevorzugung des Adels ist aber tatsächlich noch größer. Denn zu den aufgezählten Regimentern kommen noch eine große Anzahl solcher, die nur einen oder wenige bürgerliche „Konzeptionschulzen“ haben.

Der strahlende Bündler, der, obwohl er Referent war, anscheinend doch die traurige Sitte der Bevorzugung des Adels im Heere nicht kennt, hat also seine Wette verloren und wird wohl oder übel die 10 Mark an die Ortsarmenkasse Wies abführen müssen.

Uebertriebene Schind bei der Kontrollversammlung bildet den Inhalt von Klagen, die uns von St. Georgen (Schwarzwald) zugehen. Die letzte Kontrollversammlung war am 9 Uhr vormittags angelegt. Der Herr Hauptmann, ein Freiherr v. Gleichenstein, ging direkt von der Bahn in das Versammlungsort im Gasthaus zum „Deutschen Haus“ und ließ ansetzen, obgleich noch vier Minuten zu 9 Uhr fehlten. Circa 45 Mann warteten teils vor, teils in der Wirtschaft und mußten natürlich nichts davon, daß früher angetreten wurde. Denselben wurden die Bässe abgenommen, und nachdem die übrigen abgefertigt waren, wurden sie noch bereits eine Stunde hingehalten und ihnen dann mitgeteilt, daß „das Weitere“ von dem Bürgermeisteramt zugestellt würde.

Ein Mann hat anstreiten zu dürfen, wurde jedoch wieder in das Glied gewiesen, ohne seine Notdurft verrichten zu können. Bei früheren Kontrollversammlungen war es üblich, daß der diensttuende Gendarm in der Wirtschaft abrief zum Anstreiten und so hätte man es doch auch jetzt wieder machen können, da die Leute doch da waren und warteten. Man ist allgemein neugierig, ob man in diesem Falle eine Bestrafung der Mannschaften riskieren wird.

Stimmen zum „Volksfreund“-Prozeß.

Unter der Spitzmarke: „Mehr Takt, weniger Selbstüberschätzung“ schreibt u. a. der „Bad. Landesbote“: Angesichts der Erscheinung, daß zwei Bezirksbeamte lange Zeit hindurch den Angriffen von Parteiblättern ausgesetzt waren, konnte man zu der Annahme gelangen, diesem Vorgehen dürften politische Motive zu Grunde liegen. Nun sind aber Dr. Asal wie der Bezirksarzt politisch nie derart hervor-

getreten, daß sie deshalb die öffentliche Aufmerksamkeit erregt hätten. Die Basis der Angriffe hatte denn auch ihren Ankerpunkt nicht im Gebiete der Politik, sie stützte sich vielmehr auf Vorgänge, die mit den Personen selbst, deren Charaktereigenschaften und Handeln im beruflichen wie privaten Leben zusammenhängen. Und da hat sich im Laufe der Verhandlung manches ergeben, das zu ernstlichen Bedenken veranlassen muß, aber auch aufs neue erkennen läßt, wie sehr eine Kritik der Presse notwendig ist, besonders dann, wenn es sich darum handelt, Auswüchse und Mißstände aus der Welt zu schaffen, für deren Beseitigung man meist keine gesetzlichen Handhaben hat.

Es wird nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme des dreitägigen Prozesses von niemandem in Ernste bestritten werden können, daß der Amtsvorstand Dr. Asal und der Bezirksarzt Dr. Frölich in vielen Fällen nicht den Weg fanden, der sie vor einer Kritik ihres beruflichen und privaten Verhaltens geschützt hätte, und daß es beiden da und dort an dem wünschenswerten Takte mangelte. Die Art und Weise, wie der Eitlinger Amtsvorstand verschiedene Personen behandelte, mit denen er durch sein Amt in Berührung kam, entsprach nicht den Bedingungen, die man an einen Verwaltungsbeamten mit Recht stellen darf. Es ist keineswegs zu verkennen, daß die Pflichten und Aufgaben eines Amtsvorstandes keine geringen sind und ihm Rücksichten vorschreiben, die er bei seiner Tätigkeit nie aus dem Auge verlieren darf, wenn das Vertrauen der Bevölkerung zu ihm und seiner Dienstführung nicht beeinträchtigt werden soll.

Das schwere Amt legt einem Amtsvorstand aber auch noch weiter die Verpflichtung auf, sich neben seiner amtlichen Tätigkeit vor jeder Kritik seines privaten Tuns zu schützen. In dem Prozeß Kadel und Philipp haben wir aber manches gehört, was mit Bezug auf Herrn Dr. Asal nicht die Bedingungen erfüllt, die für einen staatlichen Beamten in seiner Stellung als etwas Selbstverständliches angesehen werden. Es fehlt ihm, wie wir schon sagten, da und dort an der gebotenen Rücksicht und an dem nötigen Takte. Ganz das gleiche darf bezüglich des Verhaltens des Bezirksarztes Dr. Frölich in einer Reihe von Fällen gesagt werden. Auch er vermochte sich nicht frei zu machen von Kleinlichkeiten und Schwächen, die mit seinem Vertrauensamte nicht in Einklang zu bringen sind. Daß diese beiden Beamten durch ein solches Verhalten in ihrem Ansehen einbüßen mußten und zur Kritik herausforderten, ist leicht zu begreifen.

Wenn man sich die Frage vorlegt, worin die Ursache dieser Ausfälle zu suchen ist, so begegnen wir keinerlei Erscheinungen, welche das zu beanstandende Verhalten der beiden Bezirksbeamten auf unehrenhafte Motive zurückführen könnte. Von solchen Vorwürfen sind sie frei. Sie besäßen aber beide — auch das zeigte der Verlauf des Strafprozesses Kadel — eine sehr hohe Meinung von ihrem Amte und von ihrer Person und das hat bei ihnen ein solch gesteigertes Selbstbewußtsein herausgebildet, daß nicht nur all ihr Tun für sie völlig einwandfrei erscheinen läßt, das auch keinerlei Widerspruch duldet. So kam es, daß Dr. Asal und Medizinalrat Frölich Konflikte heraufbeschworen und sich damit den Angriffen in der Presse aussetzten. Was dabei ihre Situation noch wesentlich ungünstiger gestaltete ist die Tatsache, daß sie in den Eitlinger Wertstreit — eine recht unangenehme Erscheinung auf dem Gebiete medizinisch-wissenschaftlicher Konkurrenz — hineingezogen wurden. Welche Stellung das Ministerium des Inneren zu dem Ausgang des Prozesesses nehmen wird und welche Konsequenzen es aus den Feststellungen seiner Beweisaufnahme zieht, wissen wir natürlich nicht. Ohne Zweifel dürfte es mit den beiden Herren in Eitlingen ein ernstes Wort reden und wenn es dabei die eindringliche Mahnung mit unterließen läßt, mehr Takt und weniger Selbstüberschätzung, so kann das weder für Herrn Dr. Asal, noch für den Medizinalrat Dr. Frölich von Schaden sein.

Ferner erhielten wir am letzten Tage der Verhandlung folgendes Schreiben: „Geben erlaube ich durch die Presse von einem Prozeß: Asal-Frölich contra Kadel-Philipp. Ich habe seitherzeit (Mai bis Juli 1908) als Schulverwalter den Herrn Dr. Asal persönlich „erlebt“ und stelle Ihnen meine Erfahrungen als Zeuge zur Verfügung, wenn ich inzwischen diese Angelegenheit nicht zu Ihren Gunsten erledigt haben sollte. Dr. Asal hat den Unterzeichneten vor der Lehrerkonferenz beleidigt. Dafür zeugt jeder Lehrer aus dem Bezirk Eitlingen. Ich habe diese Behandlung mir höflich, aber bestimmt, verbeten und den Dr. Asal vor der gesamten Konferenz in Gegenwart des Kreis-

schulrats G o t h abgesetzt. Dafür hat sich Dr. Asal revanchiert. Als er später eine Disziplinaruntersuchung gegen mich zu führen hatte und man von ihm größte Objektivität erwarten sollte, hat er mir in Gegenwart des Aktuars erklärt: „Hr. Benehmen auf der amtlichen Konferenz war eine Frechheit. Ich werde Ihnen das einstreichen!“ Er hat den Unterzeichneten angeschrien, daß es toll war, bis ich es mir verbeten habe. Ich war von . . . . . aus nach Eitlingen gereist. Dr. Asal hat mir sogar den Stuhl verweigert, und erst auf meine dringende Vorstellung durfte ich sitzen. Ich habe mich seitherzeit über sein Verhalten bei dem Oberschulrat beschwert und bei den Akten des großh. Oberschulrats steht deutlich und klar: daß der Unterzeichnete jedes Vertrauen zu Dr. Asal verloren hat und nach Beendigung des Verfahrens Beschwerde bei dem Ministerium einlegen werde. Er hat es damals nicht getan, weil er vor seiner etatmäßigen Anstellung gestanden hat und einen Mißerfolg erwartete mußte.

Dr. Asal hat nicht nur gegen mich gewütet: Er hat meinem Vorgänger das Urteil der Disziplinarbehörde, das ihn zum Unterlehrer degradiert hat, eröffnet mit den Worten: „Sie können sich denken, daß ich auch meinen Trumpf dazu gegeben habe!“ Das sagt ein Mann, der weiß, daß mit dem Urteil die ganze Familie des Lehrers in das Unglück gerät!!! Es wäre noch viel zu melden, hoffentlich hat sich die Angelegenheit für die Beklagten günstig erledigt. Wenn nicht, stehe ich zur Verfügung.

Unterschrift:

Wir haben diesen Zeugen und auch noch andere, die ebenfalls „Erfahrungen“ gemacht haben und sich während des Prozesses meldeten, nicht laden lassen, da wir dachten, bereits genügend Material zu haben.

Im Verhandlungsbericht heißt es am Schluß der Beweisaufnahme:

Zu einer Erklärung erhielt dann Zeuge Dr. Asal das Wort. Von einer Zeugin ist vorgestern behauptet worden, ich hätte gesagt, ich sei der Fürst von Eitlingen. Ich habe nun nachgefragt, wie die Sache sich verhalten habe. Mein achtjähriges Töchterchen war aus der Schule nach Hause gekommen und erzählte beim Essen, daß eine Mitschülerin zu ihr gesagt hätte: „Du hast es gut, Deine Eltern können Dir kaufen, was Du willst; Dein Vater ist wie ein Fürst!“ Darauf sagte ich, dann bin ich ja der Fürst von Eitlingen. Diese harmlose Äußerung hat man in unartiger und unanständiger Weise gegen mich verwendet.

Hierzu erhalten wir nachträglich folgende Feststellung:

Nach dem Bericht der „Bad. Presse“ spricht Herr Asal von seinem achtjährigen Töchterchen. Zu der Zeit aber, als der Vorfall sich abspielte, ging das Kind überhaupt noch nicht in die Schule. Es ist erst am Ostern 1905 in die Schule gekommen und die Zeugin, Frau Dilger, war 1904 im Frühjahr das letzte Mal im Hause, bzw. am „Hofe“ des Herrn Asal. Sie ist deshalb nicht mehr hingegangen, weil gerade in jener Charwoche ihr Vater, der Polizeibeamter Staiger die drei Tage abhien mußte, die ihm ungescheut zubiittiert wurden. Im ein anderes Kind kann es sich nicht handeln, da Herr Asal nur ein Töchterchen besitzt. Diese Feststellung ist notwendig, damit die Zeugin nicht dastekt, als hätte sie vor Gericht unter Eid die Unwahrheit gesagt. Die Richtigkeit der obengenannten Daten ist aus den Büchern der Realschule nachzuweisen.

Aus der Partei.

Amtliche Bekanntmachungen in der sozialdemokratischen Presse. Das Hauptzollamt in Nürnberg hatte zum Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes eine Bekanntmachung, betreffend die Nachbesteuerung der am 1. Oktober auf Lager befindlichen Bestände, erlassen, aber nur im freisinnigen „Frank. Kurier“ und in dem parteilosen „Generalanzeiger“. Der Verlag der „Frank. Tagespost“ erbat sich ebenfalls die Aufgabe des Inzerats, mit dem Hinweis auf die starke Auflage der Zeitung; das wurde jedoch vom Zollamt brüskt abgelehnt mit dem Bemerkten, es inseriere lediglich in den beiden genannten Blättern. Hiergegen wurde Beschwerde beim Ministerium erhoben, die für berechtigt erklärt wurde. Das Ministerium formuliert ausdrücklich, daß es nicht seinen Anschauungen entspreche, wenn Zeitungen bestimmter Richtung mit einer so hohen Auf-

Cheater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zur Feier der 150. Wiederkehr von Schillers Geburtstag ging am 10. November die „Jungfrau von Orleans“ über unsere Hofbühne. Aus dem Meere steigen sie auf die Wolken, verklärt im Sonnenstrahl, um als erfrischender Regen zu fallen auf die dürstende Erde — aus dem Volkstischen tauchen des Dichters Gestalten empor und sie entzünden im Herzen des einzelnen Menschen den Glauben an die Ideale. Und dieser ewige Kreislauf zeigt sich am deutlichsten bei den Werken des Dichters der Ideale — unseres Schiller. So war es auch mit dem Werke, das man zur Festfeier ausgewählt. Nichts hob die an sich gute und mit glücklicher Hand geleitete Vorstellung über den Rahmen einer Alltagsvorstellung . . . Kein einleitend Gedächtniswort wies auf die Bedeutung des Tages für das Volk, für die Menschheit — aber das Werk selbst wirkte unmittelbar auf das Publikum und löste bei ihm eine feierliche Feststimmung aus, die verflärend über dem Abend lag.

Und sie waren alle herbeigeeilt, die fühlten das Sehnen nach dem Schönen, den Glauben an das Gehr, an das Heldentum, an die Macht der Idee. Was man die Begeisterung aus den Augen der besonders auf den höchsten Stufen des Theaters versammelten Jugend, so ward sie gefestigt die Ueberzeugung, daß auch das so oft blasiert verschrieene kommende Geschlecht sich begeistert an dem Gedanken der befreienden Tat von den Fesseln unerträglichen Drucks und aus der Begeisterung für die Idee Mut und Kraft zum Handeln schöpfen werde.

Als romantische Tragödie hat Schiller selbst das Werk bezeichnet, das auf den religiösen Wunderglauben des Mittelalters sich gründet. Aber er ging nicht die Wege der Geschichte, sondern er stellte die Jungfrau in den tragischen Kampf zwischen Verurteilung und Weiblichkeit, in dem sie einen Augenblick der Liebe unterliegt, um dann geläutert in der Sühne des still erduldeten Unrechts als wahre Größe durch die erfüllte höhere Idee aus dem Kampfe hervorzugehen. In der Not der Heimat durch die Erfolge der Engländer entließ sie ihrem stillen Tale, läßt den Hirtenstab zurück und verläßt ihn mit Schwert und Fahne.

Siegreich führt sie ihre fränkischen Landsleute an und ermöglicht die Krönung des Königs in Reims. Während sie im Kampfe getreu ihrer Aufgabe, die Heimat vom Feinde zu befreien, keinen Gegner schont, tritt ihr — der idealisierten Judithgestalt — der schöne, ritterliche Heerführer der Engländer, Lionel, entgegen — ihm schenkt sie das Leben, denn ein ihr fremd Gefühl, die Liebe, schlägt mit heißen Flammen über ihr zusammen. „Nicht Männerliebe soll dein Herz berühren mit süßigen Flammen eifler Erdenluft“ — die tragische Schuld! Als das Volk, das eben noch ihr gehuldigt, an ihr zweifelt und sie für eine Heze hält, läßt sie sich, ohne sich zu verteidigen, verbannen und fällt in die Hände der Feinde. Still erträgt sie ihr Geschick — als aber das Vaterland zum zweitenmale in Not ist, geprengt sie die Fesseln der Feinde, führt das Heer zum Sieg und fällt für die Heimat, für die Freiheit des Vaterlandes, für ihr Ideal.

Die beifallsfrohe Menge begeisterter Zuhörer rief die Hauptdarsteller nach jeder Szene hervor — denn diese suchten ihr Bestes zu geben. Edith Dellamp, unsere vielberpredende Tragödin, hat sich die Schillergestalt gut zu eigen gemacht und besonders in den dramatischen Höhepunkten, wo sie begeistert auf ihre Landsleute wirkt, Hervorragendes geleistet, wenn auch in den Momenten des Seelenschmerzes die volle elementare Leidenschaft noch nicht ganz in künstlerischer Reife zum Durchbruch kommt. Bei der großen Anzahl der handelnden Personen kann auf die Einzelleistungen nicht besonders eingegangen werden. Unter den führenden Rollen trat neben dem König, dem Lionel usw. besonders Fritz Herz als Graf Dunois hervor, der besonders im letzten Akte beim Aufruf zur Befreiung der Jungfrau die Zuhörer zur höchsten Begeisterung mitriß. Die Szenarien waren mit Geschick und die passenden Volkszügen mit Natürlichkeit hergestell, sodaß alles zum Gelingen der Aufführung zusammenwirkte.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 13. Nov. A. 16. „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Er 11 Uhr.

sofort wieder hell wach. — Wer ist das? fragte einer. Eine ganz famose Person, sagte Timm. — Nun, und die vorstirte Freund Stein? — So ist es. — Ein verteuflerter Kerl dieser Stein. — Wie ist er denn an die gekommen? — Das ist eine lange Geschichte, sagte Timm, und nun stecken sie die Köpfe zusammen und sprachen so leise, daß ich das übrige nicht verstehen konnte. Jedenfalls lachten sie dabei wie toll und ich hatte große Lust, ihnen meine Klöße an die Köpfe zu werfen.

Weshalb hast du nicht getan? fragte Cloten. Ich fange in einem friedlichen Lokal nicht gerne Skandal an; es ist mir zu oft schlecht bekommen, erwiderte Barnewitz, sich den Rest in sein Glas gießend. Eine Pause erlittand, die Cloten mit den in heftigem Ton ausgestoßenen Worten unterbrach: Ich glaube kein Wort von alledem!

Barnewitz zuckte die Achseln. Es ist auch das Beste, was du tun kannst. Ich verbitte mir dergleichen! rief Cloten auffahrend. Ich sage nichts, als was die Welt sagt; erwiderte Barnewitz, sein Glas behaglich schlürfend. Du meinst wohl: über dich sagt die Welt nichts? fragte Cloten höhnisch.

Was sagt die Welt von mir? rief Barnewitz, jetzt ebenfalls aufspringend. Der Teufel soll den holen, der es mag — und ich dachte, du hättest vor allen Grund, deinen Mund zu halten.

Grund oder nicht. Ich sehe nicht ein, weshalb ich nicht eben so gut sprechen darf, wie du. Du! sagte Barnewitz, die Hände in die Taschen steckend, mit höhnischem Grinsen; du denkst wohl Wunder, welches Glück du bei den Damen machst.

Die Herren waren gezwungen, ihren Wortwechsel abzubrechen, denn gerade jetzt wurde die Tür zum Billardzimmer geöffnet und der Professor Jäger, nachdem er durch seine runden Brillengläser einen vorchtigen Blick hineingeworfen, schlich in das Gemach.

(Fortsetzung folgt.)

vertikaler Text in der linken Marginalie, teilweise über den Buchrand hinauslaufend.



lage, wie die „Fränk. Tagespost“, von Bekanntmachungen ausgehlossen würden, die im Interesse und zur Darnachachtung des Gesamtpublikums veröffentlicht werden. Eine entsprechende Anweisung für die Zukunft sei an das Hauptzollamt ergangen.

Malsch, 11. Nov. Sozialdem. Verein. Am Samstag, 13. Nov., abends 8 Uhr, findet Versammlung statt. Wir erjuden die Genossen, dafür Sorge zu tragen, daß sie vollständig besuchet wird. Auch muß ans Herz gelegt werden, mehr als bisher für unsere Sache zu agitieren. Die Zahl der Leser des „Volkstfreund“ und der Mitglieder der politischen Organisation steht hier mit den bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen in keinem Verhältnis.

Wittingen (Amt Forzheim), 11. Nov. Am Sonntag, 14. Nov., findet in der Wirtschaft zur „Linde“ eine Zusammenkunft der hiesigen freibeitlich gesinnten Arbeiter statt. Es sind insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter freundlich eingeladen. Tagesordnung: „Gründung eines sozialdemokratischen Vereins.“

Arbeiter, Parteigenossen! Erscheint am Sonntag Mann für Mann! Keiner fehlet! Wir haben bei der Landtagswahl hier eine Stimmengahl erreicht, die uns zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die Zusammenkunft findet nachmittags 2 Uhr statt. Der Einberufer.

Dos, 10. Nov. Sozialdem. Verein. Am Samstag, 13. Nov., abends 8 Uhr, hält der Sozialdem. Wahlverein im Lokal zur „Linde“ seine Monatsversammlung ab. Die Parteigenossen werden erjudt, zahlreich zu erscheinen. Ein Parteigenosse wird über die verlossene Landtagswahl sprechen. Auch steht die Bürgerauskunft auf der Tagesordnung, die nächsten Monat stattzufinden. Parteigenossen, erscheint Mann für Mann in der Versammlung!

Dos, 11. Nov. Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder werden erjudt, kräftig für den „Volkstfreund“ zu agitieren, denn es fehlen noch viele Abonnenten zu unserer Stimmengahl, die wir für unsere Kandidaten erhalten haben. Wir sind von 56 im Jahre 1906 jetzt auf 159 Stimmen gestiegen. Wenn auch Herr Pfarrer Kast in der Versammlung am 18. Oktober im „Wider“ erklärt hat, wir hätten sie nicht befehret, so sind wir ihm heute und der „Badener Volkszeitung“, besonders der „Volkstzeitung“ für die schönen Artikel, die sie über Nobbs Rede vom 28. August gebracht hat, Dank schuldig, da dieselben mitgeholfen haben, daß wir eine so hohe Stimmengahl erreicht haben.

Wir bitten die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, welche das Badische Staatsbürgerrecht noch nicht haben, es jetzt zu erwerben; es kostet ja nicht viel. Nähere Auskunft gibt Genosse Reinhard Ferner, Kirchstraße 12.

Der „Volkstfreund“ liegt in folgenden Geschäften auf: „Linde“, „Traube“, „Feldschlößchen“, S. Stork, „Bainhof“, Güterbahnhofsstraße, Friseur Schuh und Essig und im Konsumgeschäft Pflug; auch steht uns der „Wider“-Saal jederzeit zur Verfügung. Die Parteigenossen wollen dies berücksichtigen.

53. Landtagswahlkreis (Bretten-Bruchsal). Parteigenossen! Der Landtagswahlkampf ist zu Ende. Wir können mit der Hauptwahl, sowie Stichwahl vollauf zufrieden sein. Haben unsere Wähler in letzterer doch bewiesen, daß sie voll zur Sozialdemokratie gehören, indem sie die Parole Mann für Mann befohl haben. Doch dürfen wir damit nicht zufrieden sein, sondern es gilt jetzt, energisch die Organisation im Kreis auszubauen. Unsere Gegner sollen sich nur ordentlich den Pelz waschen. Wir wollen indessen dafür Sorge tragen, daß unsere Ideale in jedes Haus getragen werden.

Um nun mit dieser Tätigkeit beginnen zu können und unseren Plan festzulegen, berufe ich auf nächsten Sonntag, 14. d. M., nachmittags halb 2 Uhr, in das Gasthaus zum „Bähringer Hof“ in Bretten eine Landtagswahlkreis-Konferenz ein, zu welcher alle Parteigenossen und Volkstfreundler im Kreis freundlich eingeladen sind. Der Wahlkreis-Vorstand: Jos. Munding.

Schopfheim, 11. Nov. Sozialdem. Verein. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet kommenden Sonntag, 14. Nov., nachmittags halb 2 Uhr, im Lokal bei Witwe Schindler statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Es muß u. a. über unsere Weihnachtsfeier entschieden werden; hierzu ist angeregt, in diesem Jahre mit der bisherigen Gepflogenheit zu brechen und gemeinsam mit den freien Madlern, Turnern, Sängern und dem Gewerkschaftsartikel unter Mitwirkung des Musikvereins „Eintracht“ im großen „Flug“-Saale eine Jahreswendfeier zu veranstalten. Um darüber im Interesse der Gesamtheit zu entscheiden, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Weiter steht verschiedenes Anderes zur Erledigung.

Parteigenossen! Die Landtagswahl hat alle erwarteten Hoffnungen übertroffen. Wir stehen im Stimmverhältnis in anseherig liberalen Amtsstädten weit aus an erster Stelle. Wir zählten für uns 310 Stimmen, für die Liberalen nur noch 235. Es muß dieser Erfolg für alle ein Ansporn zur rastlosen Tätigkeit sein. Unser Mitgliederstand muß noch bedeutend erhöht werden, ebenso die Zahl der Abonnenten auf den „Volkstfreund“. Nach dem Tag der Wahl muß begonnen werden, die kommenden Wahlen vorzubereiten.

Eine weitere Einladung erfolgt zu dieser Versammlung nicht; es ist zu erwarten, daß es eines weiteren Anspornes nicht bedarf.

Malsch, 11. Nov. Sozialdem. Verein. Eine Mitgliederversammlung findet am Samstag, 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Brosinn“ statt. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht jedes Mitgliedes.

Mannheim, 11. Nov. Durch einen Artikel in Nr. 204 der „Volkststimme“ vom 30. Juli, überschrieben: „Konservative Verhöhnung der Volkststimme“ fühlte sich der konservative Agitator und Herausgeber Schmidt in Heidelberg beleidigt und verlangte deshalb den Redakteur der „Volkststimme“, Gen. Oskar Fed. Die Beleidigungslage stand vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung, das Ged. zu 25 M. Geldstrafe verurteilte.

Kommunalpolitik.

Kommunalwahlen. Am Mittwoch fanden in Halle a. S. in acht Wahlbezirken der dritten Abteilung Erjawaahlen statt. Erstere Genossen gewannen ein Mandat mit 1684 gegen 563 bürgerliche Stimmen. In den anderen sieben Bezirken haben wir in Stichwahl. Hier haben wir einen Zuwachs von durchschnittlich 600 Stimmen zu verzeichnen. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Hannau siegten bis vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 2068 Stimmen über die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien, die 1913 Stimmen erhielten.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe, die am letzten Freitag in Berlin ihren Anfang genommen haben, sind bis heute noch nicht sehr weit gediehen; die Generaldebatte über den allgemeinen Tarifentwurf dauerte 4 Tage; es kam bei dieser Gelegenheit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Eine auffallende Erscheinung ist die, daß die drei Gehilfenorganisationen — nämlich die freien, christlichen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften — geschlossen gegen den Arbeitgeberverband vorgehen; bei den früheren Verhandlungen haben sich dieselben in ihren Meinungen stets bekämpft. Seitens der Arbeitgeber nehmen an der Verhandlung ca. 50 Vertreter teil, seitens der Gehilfen ca. 60. Es lagen zwei Tarifentwürfe vor, einer seitens der Arbeitgeber, sowie seitens der Gehilfen, die Unparteiischen beschloffen jedoch, an der Hand des alten Normaltarifes zu verhandeln. Trotz der viertägigen Verhandlungen war es nicht möglich, in prinzipieller Punkte eine Einigung zu erzielen. Sämtliche strittigen Punkte wurden an eine Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen, bestehend aus 10 Arbeitgebern, 10 Arbeitnehmern und 3 Unparteiischen. Von dem Ergebnis dieser Kommissionsaufstellung wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich ist. Freitag wären die Schiedsprüche zu erwarten.

Gewerkschaftliches.

Christlicher Terrorismus. Wegen roher Mißhandlung eines Sozialdemokraten wurde der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsartikels in Neumarkt i. Oberpfalz zu 5 M. Strafe verurteilt. Siner weiteren Verstrafung wegen Beleidigung ist der Genannte nur durch Juridnahme der Schmädhungen entgangen. Zahlung einer Buße von 8 M. in die Armenkassa und Ertragung sämtlicher Kosten.

Erfolge organisierter Bühnenarbeiter. Am 14. Oktober reichten die im Gemeindearbeiterverband organisierten Bühnenarbeiter vom Stadttheater in Varmen eine Eingabe um Gehaltsaufbesserung ein. Die Antwort des Direktors lautete, daß er sich erst mit der Stadtverwaltung in Verbindung setzen müsse, ehe er etwas bewilligen könne. Hiermit tonnten sich die Bühnenarbeiter nicht einverstanden erklären. Sie waren der Ansicht, der Direktor sei in dieser Sache souverän und sie wünschten in einem zweiten Schreiben bis zum 24. Oktober eine bestimmte Antwort. Hierauf bekamen alle mit Ausnahme eines einzigen eine Zulage von 5 M. pro Monat zugefagt. Nachdem noch der Leiter des Verbandes mit dem Vertreter des Direktors verhandelt hatte, einigte man sich dahin, daß jeder Bühnenarbeiter, der die Eingabe unterzeichnet hat, sein Gehalt ohne Ausnahme um 5 M. pro Monat aufbessert bekommt. Das Personal, das an der Lohnbewegung nicht teilgenommen hat, geht leer aus. Das erhöhte Gehalt wird ab 1. November d. J. gezahlt.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. In einer Anzahl Zentrumsblättern und anderen, gegen bezahlte Interate nicht unempfindlichen Zeitungsunternehmungen, erscheint eine „Erklärung“, deren Verfasser zwar nicht festzustellen sind, die aber trotzdem vermuten läßt, daß der Zentralvorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes hinter der ganzen Geschichte steckt. Unterzeichnet wird die Erklärung wohl deshalb nicht sein, da sie viel Schamgefühl bei den Machern der Sache noch vorhanden ist, daß sie sich sagen, „wenn wir auch versuchen, den Verbreiter von Unwahrheiten herauszuwickeln, so wollen wir namentlich uns doch nicht mit demselben identifizieren.“

Wir haben zu dieser neuen Erklärung über Badische-Mehrfachselben „nur zu bemerken, daß die sozialdemokratische Presse die „Blamage“ ruhig vertragen kann, denn die Blamierten sind andere. Die sind dort, wo fortgesetzt versucht wird, die Wahrheit mit allen Mitteln zu beugen und wo alle jesuitischen Verdrückungsmittel und Ableugnungen tatsächlicher Verhältnisse die Entlohnung ihres Schüblings nicht verhindern konnten, in der Zentrumspresse und im christlichen Metallarbeiterverband. Der neue Versuch, die Wahrheit zu verdrängen, schließt sich den vorhergehenden würdig an und wir sowie jeder anständig und logisch denkende Mensch wird den neuen Schwindel dieser Gesellschaftsgebührend einzuführen wissen.

Soziale Rundschau.

Die Gewerbeordnungsnovelle.

Am 1. Januar 1910 tritt die Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 in Kraft. Sie bringt eine Verschärfung der bisherigen Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern und dehnt diese Bestimmungen auf alle Betriebe (auch solche ohne Kraftmaschinen) mit in der Regel mindestens zehn Arbeitern aus. Für Motorwerkstätten mit weniger als zehn Arbeitern bleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Im einzelnen gelten noch dem 1. Januar 1910 folgende neue Bestimmungen: Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist nur in der Zeit zwischen 6 Uhr (früher 1/2 Uhr) morgens und 8 Uhr (früher 1/2 Uhr) abends zulässig. Zwischen Ende und Wiederbeginn der Arbeit muß eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden gewährt werden. Die Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit und der Pausen zwischen der Arbeitszeit bleiben unverändert. Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 8 Uhr (bisher 1/2 Uhr) abends bis 6 Uhr (bisher 1/2 Uhr) morgens und am Samstag sowie an den Vorabenden der Festtage nicht nach 5 Uhr (bisher 1/2 Uhr) nachmittags beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen darf die Dauer von zehn (bisher 11) Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage von 8 (bisher 10) Stunden, nicht übersteigen.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verfloffen sind.

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeitsruhe der Schwangeren und Wöchnerinnen unter allen Umständen acht Wochen dauern muß, auch wenn von der Möglichkeit, die Arbeit schon zwei Wochen vor der Nieder-

kunft einzustellen, kein Gebrauch gemacht worden ist. Die bisherige Bestimmung, daß die Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses schon vier Wochen nach der Niederkunft wieder begonnen werden darf, ist aufgehoben.

Die alten Bestimmungen über die Mittagspause der Arbeiterinnen bleiben in Kraft.

Die Mitgabe von Heimarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, die im Betrieb schon zehn Stunden beschäftigt waren, ist verboten.

Von den Verwaltungsbehörden kann wegen anhergehobener Häufung der Arbeit an Wochentagen außer Samstagtagen wie bisher für höchstens 40 Tage Ueberarbeit bewilligt werden, bis neun (bisher zehn) Uhr abends, bis zu einer täglichen Arbeitszeit von zwölf (bisher dreizehn) Stunden und unter der Bedingung, daß den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von zehn Stunden verbleibt. Nicht mehr für unbeschränkte Zeit, sondern nur für 50 Tage kann Ueberarbeit bewilligt werden, wenn durch einen Betriebsplan nachgewiesen wird, daß die Arbeitszeit im Durchschnitt der Betriebsstage des Jahres zehn Stunden nicht übersteigt.

Es empfiehlt sich, die durch Kürzung der Frauenarbeitszeit notwendig gewordene Aenderung der Arbeitsordnungen mit Wirkung vom 1. Januar 1910 schon jetzt in ordnungsmäßiger Weise zu vollziehen.

Erberg, 10. Nov. Milchausschlag. Nachdem hier nun wieder das Brot pro Laib um 2 Pf. heruntergegangen, ist andererseits die Milch um 2 Pf. das Liter am 1. Nov. gestiegen. Eigentümlich berührt dabei, daß vordem angeblich wenig Milch vorhanden war, wohingegen bei den erhöhten Preisen nunmehr genügend Milch zu erhalten ist. Die heutige Steigerung des Milchpreises von 18 auf 20 Pf. ist die wertvollste in verhältnismäßig kurzer Zeit. Als Grund werden bessere Futtermittel genannt. Neben den geringen Futtermittelpreisen dürfte die Politik des Zentrums und der mit ihm verbündeten Junker das Ihrige mit zur Futterteuerung beigetragen.

Badische Chronik.

Durlach.

Feuer brach am Donnerstag Nachmittag in der Gassischen Feuerangulefabrik, welche in dem ehemaligen Meisterschen Fabrikawesen an der Kurtrasse etabliert ist, aus. Der Wessel, in dem die Mischung zur Herstellung der Feuerangulen präpariert wird, war umgestürzt; doch konnte der Brand bald gelöscht werden.

Ettlingen.

Bürgerauskunft. (Fortsetzung.) Punkt 5: Uebernahme der Beiträge zur Landwirtschaftskammer, wurde einstimmig genehmigt. Hierzu erklärt Genosse Kappeler, daß wir prinzipiell für beantragte Forderungen eintreten, nur wünscht er, daß bei der eventuellen Einführung einer Arbeits- oder Arbeiterkammer die Ausschussmitglieder dann auch diesem Wunsch ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Andererseits habe die Uebernahme der Beiträge zur Handwerkskammer auch Missetände hervorgerufen, denn es sei soweit gekommen, daß es in Ettlingen Handwerksmeister gebe, welche nicht wissen, was die Handwerkskammer für eine Institution sei.

In die Kommission zur Bestimmung des Ges- und Waferspreises wurde von unserer Seite Genosse Traut gewählt und war damit die Tagesordnung erschöpft.

Der Vorsitzende Bürgermeister Hofner erjudt die Mitglieder, noch auszufahren, da er noch verschiedene wichtige Angelegenheiten dem Kollegium mitzuteilen habe. Er ging auf die Ursache ein, welche den Gemeinderat veranlaßten, an den Gerichtsvorständen im Prozeß Dr. Asfar, „Volkstfreund“ ein Schreiben ergehen zu lassen über die Aussage Hofners bei der Anstellung Stöbers als Schlachthausverwalter und erteilte dem Gemeinderat Buhl, welcher der Verhandlung beiwohnte, das Wort zur Aufklärung, welchem derselbe auch in längeren Darlegungen nachkam und ist hoffentlich darüber endlich Klarheit geschaffen.

Bürgermeister Hofner teilt dann mit, daß er Untersuchungen vorgenommen habe über verschiedene Punkte, welche die Gemüter in Ettlingen nicht zu Ruhe kommen ließen. Es sei einverneigt behauptet worden, Stadtbaumeister Auf habe häßliche Arbeiter Privatarbeiten ausführen lassen. Es sei für die Beteiligten eine Zweifelsfrage gewesen, wer die Arbeiten auszuführen habe. Vollständige Klarheit sei zwar nicht geschaffen, aber man könne dem Stadtbaumeister Auf den Vorwurf der Absichtlichlichkeit nicht machen und hätten auch die demaligen Beschwerdeführer sich zufrieden gegeben.

Die bekannte 2 Eichen-Affäre, welche zu einer Gerichtsverhandlung führte, legte Bürgermeister Hofner in längeren Ausführungen klar und hat die ganze Angelegenheit auf Rippenabhandeln beruht. Eisele fragt an, ob es wahr sei, daß der Stadtbaumeister Gehaltssteigerung verlangt habe. Hofner ist der Ansicht, man solle abwarten und wolle man die Beratung der Sache einer erweiterten Gemeinderatsaufsicht überlassen, welche das Ergebnis dem Ausschuss vorlegen werde. Diesem schloß sich das Kollegium an. Hiermit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Rastatt.

Eine Herbstfeier veranstaltete der Arbeitergesangverein „Niederschreit“ am Sonntag, 14. Nov., von nachmittags halb 5 Uhr ab, im Saale des Gasthauses zur „Krone“. Der im letzten Jahre in recht erfreulicher Weise vorangegangene Verein hat ein sehr gezieltes Programm zusammengestellt und wird befreit sein, seinen Gästen eine Probe seines Könnens abzulegen und alles daran setzen, ihnen einige recht bezugnete Stunden zu bereiten. Ein Rängen wird die Feier beschließen und ist zu wünschen, daß die Arbeiterklasse recht zahlreich diese Feier besucht und dadurch die freien Sängere, die zu allen Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften ihre Dienste zur Verfügung stellen, unterstützt.

Sehr gut besucht war die gestrige Parteiversammlung in welcher Gen. Weber über den diesjährigen Parteitag referierte. An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine im allgemeinen im zustimmenden Sinne und in der Freude über den sachlichen Verlauf des diesjährigen Parteitages sich äußerbende rege Diskussion. Am Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Wahlverein in recht erfreu-



orden ist. Die Grund eines der Nieder aufgehoben. ...

egen aufer... entagen auf... Ueber... abends, bis... (bisher drei... dass den... zehn... Zeit, sondern... werden, wenn... dass die... des Jahres... der Frauen... der Arbeit... 1910 schon... sehen.

dem hier nun... ergegangen, ist... No. gestie... angeblich... den erwidern... ist. Die... 20. ist die... werden keine... teertragnissen... mit ihm... neuerung der... der Goss... ligen Meute... ist, aus. Der... Feuerangabe... Brand bald... 5; Ueber... wurde einstim... er, daß wir... er wünscht, er... der Arbeiter... Wünsche über... die Ueber... stände her... in Ettlingen... Handwerks... von Wacker... geschicht und... die die... wichtige... auf die... an den... freund... afnes bez... und erteilte... bewohnen... in längeren... ich Märkeit... Unterfuch... welche die... en. Es sei... habe auch... Es sei für... Arbeiten... nicht ge... Vorwurf... ich die do... einer Ge... hofner in... henheit auf... wahr sei... verlanget... und malle... einander... vorlegen... hatte die... Langberzein... tags halb... Der im... tene Ver... stellt und... können... bequichtig... eschlichen... eich diese... Men Ver... nisse zur... nmmung... tag refer... chlos sich... Freuds... geses sich... ung gab... erstens

Wesse angenommen habe und forderte zur intensiven Weiterarbeit auf. Bemerkenswert sei noch, daß der „Volksfreund“ jetzt auch im „Storcheneß“ aufliegt.

Baden-Baden.

Der Bürgerausschuß, welcher gestern zu einer vertraulichen Sitzung zusammengetreten war, genehmigte 50 000 M. zur Errichtung eines Luftschiffhafens in Baden-Baden. Ingesamt ist beinahe die Summe von 160 000 M. für diesen Zweck gezeichnet. Ebenso wurde eine erhöhte Subvention der nachfolgenden großen Rennen bewilligt. Der große Preis soll mit 80 000 M. dotiert werden.

Villingen.

Wichtigstellung. In der Liste der Wirtschaften, in denen der „Volksfreund“ aufliegt, wurde übersehen zu bemerken, daß der „Volksfreund“ auch im „Torstüble“ bei Bernhard Schlerer schon jahrelang aufliegt. Die Parteifreunde wollen das bekräftigen.

Nachforsch. 11. Nov. Schadenfeuer. In der Nacht vom 10. auf 11. ds. Mts. brannte es in der Ziegelei Pilets-Jakoben bei Nachforsch. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Aus Freiburg.

Freiburg, 11. Nov. Freiburger Fervererwärmer und die Expedition nach Böhmen.

Unter diesem Titel bringt die „Freiburger Tagespost“ einen Artikel von Th. Wacker. Er, Theodor Wacker, fühlt sich bedrückt, den Sozialdemokraten Mangel an politischer Bildung und Entstand vorzuwerfen. Dann will er entdeut haben, welcher Geist diese „Elemente“ beherrscht und zu ihren Taten treibt. Zunächst hat es ihm die „Ferver-Demonstration“ angetan, welche so heftig ausbrach, als Herr Fehrenbach diesen Mann in der Festhalle besäufelte. Ihm wurde unheimlich zu Mute bei dem „soberfüllten Lärm für Ferver“. Theodor Wacker, der Mann des Gasses, spricht von „Saherfüllten“. Dann schildert Theodor Wacker seine Erlebnisse bei den Wählerveranstaltungen. In Böhmen hätten ihm seine Parteifreunde ein Ovation bereitet, und die Gegner hätten „höhnisch“ gelacht. Von der unanständigen Behandlung, die er einem einfachen Manne, der in der dortigen Diskussion sprach, redet Herr Wacker natürlich nicht. In Böhmen hätten ihm die Genossen aus Zwischenrufe gemacht, weil er die Finanzreform aus der Debatte ausschalten wollte. Von der unanständigen Behandlung, die Wacker einem Manne in Ettlingen zuteil werden ließ, sprach er auch nicht.

Dann die Kaduziene von Böhmen. In der auf die Schwab folgenden Nacht sind etwa um 3 Uhr früh eine Anzahl Arbeiter, zum großen Teil Gelegenheitsarbeiter und auch Studenten von Freiburg nach Böhmen gezogen und randalierten vor dem Pfarrhause, also vor der Wohnung Wackers. Wir haben im „Volksfreund“ unsere Meinung darüber ausgesprochen und dort gesagt, daß wir solche Dinge für verwerflich halten. Im ganzen waren es, wie uns von einem Böhmer Bürger versichert wird, etwa 80 Mann. Die Zentrumspresse macht daraus gleich was. Auch sonst wird die Sache von der Zentrumspresse und ganz besonders von Th. Wacker mächtig aufgebauscht. Nach den Angaben Wackers hat dann jemand vor dem Pfarrhaus eine Rede über seine Person gehalten. Die Rede soll stehend und laut gehalten worden sein; in der ganzen Nachbarschaft sei sie verständlich gewesen. Nun merke man, bis zum 10. November hat sich Wacker schon wiederholt über die Affäre ausgesprochen, noch nie war von einer „Rede“ die Rede. In der ganzen Nachbarschaft war die Rede verständlich. Aber nichts bringt Herr Wacker von dem, was gesprochen worden ist. Das wird vielleicht am 20. November kommen. Herr Wacker schreibt nur, daß der Mann gefagt hätte: „Hier wohnt der Mann“. Wacker schreibt aber weiter: „Gäthe Otkirer die Rede gehört, dann hätte er sagen können: Nicht umsonst gearbeitet“. Dann fällt er weiter in der unanständigsten Weise über Otkirer her.

Eine weitere Gemeinheit, schreibt Wacker, sei, daß ihm jemand in einem verschlossenen Kuvort einen mit Menschenkot verschmierten Wahlaufstrich schidte. Das ist nun selbstverständlich eine grobe Unanständigkeit. Aber auch unsere Kandidaten wurden mit solchen Dingen beschri. Sie erhielten Stimmzettel gerüchelt, die mit Sprüchen und Schimpfnamen gestreut waren, welche man hier gar nicht wiedergeben kann. Ueber solche Dinge wegt sich doch aber kein vernünftiger Mensch auf. Welche Zettel tut man dorthin, wofin sie gehören. Nur Wacker macht daraus eine Staatsaktion. Wenn Wacker bis jetzt von solchen Dingen verschont blieb, dann ist das ein Beweis dafür, daß bei den Nichtzentralisten mehr politischer Anstand ist wie auf der anderen Seite. Aus dem ganzen Artikel spricht die Verfertiger des „Läwen“, welcher den fetten Bißfen, welchen er schon zu haben glaubte, nicht erwischte. Es spricht aber auch ein Satz daraus, von welchem man sagen kann: Es kann nur ein Wacker haben! Wenn Herr Wacker in Verammlungen manchmal etwas Widerspruch fand, so hatte er sich das selbst zuzuschreiben. Wer so den politischen Gegner behandelt wie er, der hat nichts anderes zu erwarten. Herr Wacker wurde schon nervös, wenn er sah, daß überhaup Gegner da waren. Wenn dem, der einen Zwischenruf machte. Wehe dem, der in der Diskussion das Wort ergreift.

Wenn nun Herr Wacker noch von den „Früchten der sozialistischen und liberalen Erziehung“ spricht, dann weisen wir das als erbärmliche Heuchelei zurück. Die Leute, welche am 20. Oktober in Böhmen lärmten, haben überhaupt keine sozialdemokratische Erziehung genossen. Es ist uns bis jetzt noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Parteigenossen ausfindig zu machen, welcher dabei war und der uns über den Verlauf hätte genaue Aufschluß geben können. Die Zentrumspresse hat auch noch keinen nennen können. Diese Leute sind sicherlich schon hundertmal mehr in der Kirche gewesen als in unseren Verammlungen. Wir können vielmehr sagen: Das sind die Früchte der Erziehung, an welcher auch die Geistesfreiheit ihren Anteil hat. Wir sind sicher, daß, wenn soviel Sozialdemokraten an der Jugendberziehung mitwirken würden, daß dann derartige Dinge nicht mehr vorkämen. Das sind Eigenschaften, welche die Leute aus dem anderen Lager mit zu uns bringen. Eigenschaften, welche sie, wenn sie erst richtig bei uns sind, durch politische Schulung bald abstreifen.

Wir stellen also zum Schluß nochmals fest: Sozialdemokraten waren an dem Abau nicht beteiligt. Es waren meistens Leute, die weniger Freude an dem Wahlerfolg, als am Lärmen hatten. Kein anderer Mann als Wacker und keine andere Partei, als die Zentrumspartei, würde aus solchen Verammlungen

der Gegenpartei einen Vorwurf machen. Aber von der Zentrumspreffe und von Wacker wird die Sache absichtlich übertrieben, um die Volksseele zum Kochen zu bringen. Festgestellt sei auch, daß nicht die geringste Täuschlichkeit verübt, noch nicht einmal verübt wurde. Trotzdem hätte es Herr Wacker gewünscht, daß der Volksfädel gestochen und gehauen hätte. Nur schade, daß die Inquisition nicht mehr besteht, damit man die Kerle, welche Herrn Wacker in jugendlichem Uebermut und unter der Wirkung des Alkohols belästigten, kratzen könnte.

Wasnischelforgen.

Die „Freiburger Tagespost“ rechnet den Liberalen vor, welche Kreise sie schon an die Sozialdemokraten abgeben müßten und welche sie das nächste Mal abgeben müßten. Und daran sei nur der Grobblod schuld. Das ist ziemlich dumm, denn da, wo wir stark genug sind, den Liberalen Kreise abzunehmen, werden wir diese holen auch ohne Grobblod, vielleicht noch eher. Denn sollten sich die Nationalliberalen einmal mit der Reaktion verbinden, so werden sich die wirklich Liberalen nach links wenden. Der „Tagespost“ ist es aber natürlich nicht um die Liberalen zu tun, sondern die „Tagespost“ weiß, daß bis zur nächsten Wahl für einen eventuellen Grobblod wiederum einige Zentrumskreise reifen könnten. Davon liegen der 10., der 17., der 18. und der 22. ganz in der Nähe der „Tagespost“. Ihre Sorge vor einer Wiederholung des Grobblods ist daher sehr begreiflich. Solche Verluste wären schmerzhaft.

Wir machen die Parteigenossen auf die Mitgliedsversammlung des sozialdem. Vereins aufmerksam, ebenso auf die am Sonntag Nachmittag 3 Uhr stattfindende Wahlkreisversammlung.

Arbeitersekretariat Freiburg. Das Sekretariat befindet sich von jetzt ab Kreuzstraße 12, 2 Treppen hoch. Auskunftserteilung, Anfertigung von Schriftsätzen usw. unentgeltlich an jedermann. Sprechstunden täglich, mit Ausnahme Sonntags, von 12 bis 3 Uhr und von 6 bis halb 8 Uhr.

Von der Universität. Fr. Hedwig Hoffmann, einer der anerkannt tüchtigsten Künstlerinnen an unserer Bühne, ist gestattet worden, an der hiesigen Universität als Doktor in der Theorie der Musik zu unterrichten.

Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 12. Nov.

Eine Sitzung

der Vorstandmitglieder des Sozialdem. Vereins findet heute, Freitag, abends 8 Uhr, im „Salmen“ am Ludwigplatz statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Die Gewerkschaftsvorstände

finden sich heute Abend bei Reichmann ein, um den Bericht des Arbeitersekretärs Willi über die Konferenz wegen Einführung der Arbeitslosenversicherung entgegenzunehmen. Wir machen nochmals auf die Verpflichtung der Vorstände, in dieser wichtigen Zusammenkunft zu erscheinen, aufmerksam.

Die Kosten des „Volksfreund“-Prozesses

werden von einigen Blättern auf 2000 M., von der „Bad. Landesztg.“ sogar auf 3000 M. veranschlagt. Die letztgenannte Summe dürfte zu hoch gegriffen sein. Da gegen werden die Aufwendungen, welche für die 66 Zeugen und Sachverständigen, sowie für die Gerichtsprotokolle zu machen sind, nicht viel weniger als 2000 M. betragen. Eine Summe, die ein Vermögen darstellt. In diesem Zusammenhang ist beachtlich, was der „Schwab. Merkur“ in seiner geistigen Ausgabe schreibt:

„Das Urteil in dem Prozeß der beiden Ettlinger Beamten liegt jetzt nebst den Entscheidungsgründen im Wortlaut vor. Die Sache erregt das größte Aufsehen, und man begreift nicht, wie die vom Gericht festgestellten und mißbilligten Zustände sich sozusagen vor den Toren der Regierungszentrale jahrelang halten konnten. Die Presse hat schon längere Zeit hindurch allerlei veröffentlicht, was dem Ministerium des Innern hätte Anlaß zu einer näheren Erfundigung geben können. Damals, als noch unter dem Minister Dr. Schenkel die willkürlich ergangene Strafverfügung des Oberamtmanns Dr. Kral gegen 6 Gemeinderäte vom Ministerium aufgehoben wurde, war es schon hohe Zeit dazu. Auch über Dr. Fröhlich und die Ettlinger Spitalzustände brachte die Presse schon so oft Klagen vor, daß man die Unfähigkeit der Zentralinstanz einfach nicht begreift. Bist du denn keine Zeitung? Jetzt wird mit Recht befragt, daß man einen Prozeß unternimmt, aus dem das sozialdemokr. Blatt zwar bereutet, aber in der Hauptsache doch siegreich hervorgeht, was gewiß der Staats- und Beamtenautorität nicht förderlich ist. Einem faulen Vergleich hätten wir trotzdem nicht das Wort geredet, weil dann die Unzulänglichkeiten weiter geschwächt hätten, aber eine Untersuchung seitens der Regierung hätte rechtzeitig eintreten sollen, denn sie hätte die in den letzten Jahren sich häufenden Ungehörigkeiten verhindert. Und verhüten ist besser als bestrafen. Es wird allgemein erwartet, daß nun gegen die klägerischen Beamten disziplinar vorgegangen wird. Aber es würde auch niemanden überraschen, wenn man vernehmen würde, daß den beiden Verurteilten ein Teil der Kosten nachgelassen wird, bis zu der Höhe, die ihrer Verfehlung entspricht. Denn die meisten Kosten wurden aufgewendet für Wahrheitsbeweise, die die Urteilsbegründung als gelungen bezeichnet. Es ist aber unbillig und widersinnig, den Verurteilten Kosten aufzubürden, die nicht von ihnen verschuldet sind. Die aus formalen Gründen ergangene Kostenverteilung sollte von einer höheren Instanz geändert werden, auf dem sogenannten Wege, aber ohne daß die Verurteilten darum nachsuchen.“

Wir müssen es natürlich den beteiligten Instanzen überlassen, aus den sachlich unanfechtbaren Darlegungen des „Schwab. Merkur“ die Konsequenzen zu ziehen; nur so viel sei bemerkt, daß weder Philipp noch Kadel ein diesbezügliches Gesuch einreichen werden. Dazu liegt für sie nicht die geringste Veranlassung vor. Zudem kommt hinzu, daß es eine große Ungerechtigkeit in sich birgt, wenn der eigentlich Verurteilte, also Herr Dr. Kral, noch berechtigt ist, Aufwandsgebühren für seine dreitägige Anwesenheit im Gerichtssaal in Empfang zu nehmen, während die moralischen Sieger in diesem

Prozesse, Redakteur Kadel und Geschäftsführer Philipp, ihre der Allgemeinheit geleisteten Dienste mit etwa 2000 Mark Geldstrafen „bekräftigen“ müssen. Das verstößt gegen jedes gesunde Rechtsempfinden. Man kann gespannt sein, wie sich die Dinge entwickeln.

Treffend sagt die Mannheimer „Volksstimme“:

„Die Angeklagten haben sich unbestreitbar ein Verdienst erworben. Die Folgen nun, die sich aus diesem ihrem verdienstlichen Verhalten ergaben (eben ihre Verurteilung zu — wenn auch nicht gerade hohen — Geldstrafen), widersprechen so sehr dem natürlichen Rechtsgefühl des Volkes, daß man nur schwer im Stande ist, der Dessenlichkeit aus dem formellen Wortlaut der einschlägigen Strafbestimmungen über die Verleibigung eine Erklärung und Begründung des Nichterspruchs zu geben. Um so schwerer, da die Ueberbürdung der, niedrig geschätzt, mit 2000 M. zu bemessenden Prozeßkosten auf die Verurteilten einer Straferbschärfung gleichkommt, die zur Schwere ihres formellen Rechtsverstoßes aber auch in gar keinem Verhältnis mehr steht. Wir sehen also als Ergebnis des Karlsruher Prozesses die betrübliche Möglichkeit, der Prozesse die Erfüllung ihres vornehmsten Berufes — der Aufdeckung öffentlicher Schäden und Mißstände in jenen Fällen, wo „kein anderes Mittel mehr verfangen will“ — dadurch völlig unmöglich zu machen, daß man sie über Formalien zu Falle bringt, hinter denen der wichtige und wertvolle sachliche Kern der Angelegenheit völlig zu verschwinden hat.“

Die „Volksstimme“ verweist dann noch auf das Züricher Strafrecht, welches in einem solchen Falle, wie dem vorliegenden, ohne Rücksicht auf etwaige Formalinjurien, auch dann Kostenlose Freisprechung des Angeklagten zuläßt, wenn seine Behauptungen nur im allgemeinen den Tatsachen entsprechen, ohne in jedem Einzelpunkt zuzutreffen. Diese Bestimmung entspricht der an jedes Gesetz zu stellenden Forderung, die Sache höher als die Form zu bewerten und nicht dort aus rein formellen Gründen zu verurteilen, wo ein Freispruch allein dem natürlichen Rechtsempfinden entspricht.

Eine Ferverdemonstration

veranstaltet von der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Monistenbundes, findet Freitag Abend 1/2 9 Uhr im Saal III der Brauerei Schrempf statt. Referent ist Rechtsanwalt Marum.

Bei dem großen Interesse, das man in allen Kreisen der Kulturnationen an dem Schicksal Ferrers, dieses mutigen Kämpfers für Volksaufklärung und Geistesfreiheit, gezeigt hat, steht zu erwarten, daß wie allerorts auch die hiesige Demonstration von allen zahlreich besucht wird, denen daran liegt, gegen die Achtung des freien Denkens und gegen den an Ferrer verübten Justizmord zu protestieren.

Auch eine Seltenheit.

Bei sämtlichen gestern vor der hiesigen Strafkammer verhandelten Fällen war die Dessenlichkeit aus geschlossen. Sie betrafen durchweg schwere oder geringere Sittlichkeitsdelikte.

Die Große Karnevalsgesellschaft

hat sich am gestrigen Abend, getreu ihrer alten Anhänglichkeit an die närrische Zahl 11, im Kaiserparken an der Kaiserallee um 11 1/2 Uhr konstituiert. Präsident Matheis gab dem Wünsche Ausdruck, daß der Herrrat und der Erste Rat gar bald die nötigen Vorbereitungen zur würdigen Feier der lustigen Regentzeit des Prinzen Karneval treffen möchten. Diese Regentzeit werde im Jahre 1910 knapp vier Wochen dauern. Die Große Karnevalsgesellschaft halte deshalb nur zwei Damenfesten — am 9. und 23. Januar — und den Schlußball am 8. Februar ab. Es ist zu hoffen, daß die Teilnahme der Karlsruher Bevölkerung an den nächstjährigen Veranstaltungen eine recht große sein werde.

Arbeitsnachweis der Bäckereinnung.

Bezirksleiter Bruno Fiedler schreibt uns: Welche unglücklichen Ereignisse in obiger Einrichtung zutage gefördert werden, daran dürfte auch die Dessenlichkeit ein Interesse haben. Für genannten Nachweis ist ein Herr Jung als Sprechmeister eingesetzt worden, der die offenen Stellen zu vergeben hat. Schon längere Zeit wird bei der jeweiligen Bezirksleitung Beschwerde über den Sprechmeister geführt, einmal über sein Benehmen, das anderemal über unstatthafte Vermittlung der freien Stellen. Obwohl wir schon Veranlassung hatten, uns mit dem Gebahren an die Dessenlichkeit zu wenden, haben wir es doch aus taktischen Gründen unterlassen. Erlauben sich einzelne Arbeitslose im Nachweisbureau über die Stellenvermittlung Bemerkungen zu machen, die dem Herrn Sprechmeister nicht gefallen, so werden grobe Schimpfworte wie Lausbub, Koter und Bürschel ausgesprochen. Diese Redensarten zeugen von wenig Bildung, wenn in einem Nachweisbureau, wo sich eine Anzahl Zuhörer befinden, dieser brutale Ton angewendet wird. Nicht genug damit, am letzten Dienstag wurde ein Gehilfe bedroht. Der noble Herr Jung erklärte, wenn ich dich unter vier Augen erwische — — —, wahrscheinlich hat er sagen wollen, dann haue ich dir den Buckel voll. Wenn auch der letztere Gehilfe sich etwas scharf gegen den Sprechmeister ausgesprochen, so hat er sich doch nicht zu solchen Ausdrücken hinreißen zu lassen. Man kann überhaupt nicht verstehen, wie sich ein Sprechmeister um Dinge kümmert, die gar nicht zu seiner Befugnis gehören. Mehrere Kollegen, die bei diesem Vorkommnis Zeugen waren, hatten die Ueberzeugung, daß dem Gehilfen höchst unrecht geschehen sei. Eine freie Kritik über die Arbeitsvermittlung zu üben, dazu haben die Bäckergehilfen ein gutes Recht. Würde ordnungsgemäß vom Sprechmeister verfahren, dann hätte man nicht notwendig, sein Gebahren unter die Lupe zu nehmen. Daß Beschwerden wiederholt vorkommen, geht daraus hervor, daß sich vorige Woche ein Kollege direkt an den Herrn Obermeister gewendet hat. Daher wäre es am Platze, mit dem Verhalten des Sprechmeisters aufzuräumen. Den Bäckergehilfen aber möchte ich empfehlen, samt und sonders der Organisation beizutreten.



ten, dann werden am allerehesten bestehende Uebel ver-

Die Schülerpeisung

Voll ab 1. Dezember in Karlsruhe eingeführt werden. Der

Ein totgefragter Lebender.

Die „Bad. Presse“ meldete in ihrer gestrigen Abend-

Rüppurr.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag beim

\* Der Arbeitergesangverein „Harmonie“ in Karlsruhe be-

\* Im Apollotheater findet am Samstag, 13. d. M., abends

\* Ueberzieher gestohlen. Am 9. ds. stahl ein Unbekannter

Neues vom Tage.

Das Scherlsche Einschienschnellbahnsystem.

Berlin, 11. Nov. Der Modellmotorwagen des Scherlschen

Briefkasten der Redaktion.

Kortheim. Die „Erklärung“ aufzunehmen, ist unstatthaft,

Offenburg und Rastatt. Gestrige Briefe kosteten Straf-

Lafr. Ihr Artikel erscheint in den nächsten Tagen. Wir

Berichtigung.

In dem gestrigen Leitartikel hat sich ein bedauerlicher

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Heute (Freitag) Abend

Karlsruhe. (Bauhelfer.) Samstag, den 13. November, abends

Karlsruhe-Dillstadt. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Sams-

Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein „Bruderbund“.) Heute

Mühlburg. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, den

Beiertheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 13. Nov.,

Sulach. (Sozialdem. Wahlverein.) Samstag, den 13. Nov.,

Rühlheim. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Sonntag, den

Leuschneureut. (Sozialdem. Verein.) Am 13. ds. Mts., abends

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 13. November,

abends halb 9 Uhr im „Schwanen“ Mitgliederversamm-

Baden-Baden. (Kommission für Volksbildung.) Am Samstag,

den 13. November, abends halb 9 Uhr, findet in „Simons-

Essenburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag Abend Versamm-

Lafr. (Arbeiter-Sängerbund.) Sonntag, 14. November, nach-

Freiburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 13. Nov., abends

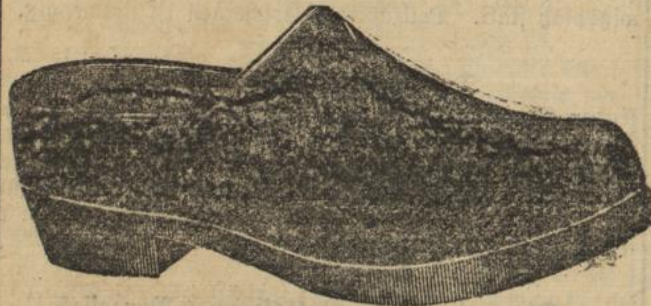
abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Velfort“ Mitgliederversamm-

Referent Genosse Engler; 3. Parteiangelegenheiten. Voll-

Geschäftliches.

R. Pahr  
solidestes Konfektionshaus  
Karlsruhe Kronenstrasse 49  
Versand per Nachnahme.

Kauft nur bei den Inserenten  
des „Volksfreund“.



Holzgaloschen

Besonders preiswert!

Table with 2 columns: Kinder, Knaben u. Mädchen. Rows for No. 24-30, 31-35, 36-39, 40-48 with prices 48g, 58g, 88g, 98g.

5878

Warme

Salbandschuhe

je nach Grösse von 25 g bis 59 g

Holzstiefel

warm gefüttert, mit zwei Leiterschnallen

Enorm billig!

Table with 2 columns: Damen, Herren. Rows for 1.98, 2.25, 2.25, 2.45.

Für Kinder

gefütterte Holzstiefel zum Schnüren

Table with 4 columns: No. 25-28, 29-30, 31-33, 34-35. Prices: 1.40, 1.55, 1.68, 1.78.

C. Korintenberg

Karlsruhe

Spezial-Schuhhaus

Kaiserstr. 118

S. MODEL

Freitag - Samstag - Sonntag

Sonntag bis 4 Uhr geöffnet.

RESTE

KLEIDERSTOFFE  
SEIDENSTOFFE  
WEISSWAREN

Trotz der ausserordentlich billigen Preise

RABATTMARKEN

5877







Haben Sie dieses Inserat schon gelesen? ...



# Herbst- und Winter-Schuhwaren

zu billigen Preisen!

Art. Nl Kamelhaarschuh, reine Wolle, mit Filz- und Ledersohle, bester und beliebtester Hausschuh

Größe	25-26	27-30	31-35	36-41	42-47
Mk.	140	160	175	195	250

- Art. 843 abgestopfte Filzhausschuhe, Damen, mit Fleck ..... per Paar **98 Pfg.**
- Art. 700 schwarzer Leder-Hausschuh, Filzfutter, Ledersohle mit Fleck ... per Paar **Mk. 1.65**
- Art. 7016 Filz-Damen-Schnallenstiefel mit hohem Lederbesatz, Sealskinfütter, genähter Sohle mit Absatz ... per Paar **Mk. 3.95**

- Art. 586 Cord-Herren-Hausschuhe mit Filzfutter, Ledersohle und Absatz . per Paar **Mk. 1.95**
- Art. 710 schwarze Leder-Herren-Hausschuhe mit Filzfutter, Fleck ..... per Paar **Mk. 1.95**
- Art. 7016 Filz-Herren-Schnallenstiefel mit hohem Lederbesatz, Sealskinfütter, genähter Sohle mit Absatz ..... per Paar **Mk. 4.95**

Art. Dr Tuch-Schnallenstiefel mit guter Ledersohle und Fleck, mit Sealskinfütter

Größe	25-30	31-36	Damen	Herren
Mk.	145	165	195	250

Art. 96610/26720 Filzschnallenstiefel, warm gefüttert, Filz- und Ledersohlen

Größe	25-30	31-36	Damen	Herren
Mk.	135	155	175	195

Art. 1070/1063 Tuch-Schnallenstiefel mit Sealskinfütter, Lederbesatz, genähter Sohle mit Fleck	Größe 23-26	27-28	29-30	31-32	33-35	Damen	Herren
	Mk. 1.55	1.68	1.78	1.88	1.98	2.98	3.65

Art. Nn Kamelhaar-Schnallenstiefel reine Wolle, warm u. bequem	Größe 20-23	24-26	27-30	31-35	36-43	45-47
	Mk. 1.50	1.70	1.95	2.50	2.95	3.50

Grösstes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands

## R. Altschüler, Karlsruhe

Kaiserstr. 161.

Altschülers eigene Geschäfte:

Mannheim, R 1, 2/3, Marktplatz  
 Mannheim, P 7, 30, Heidelbergerstr.  
 Mannheim, O 8, 3, do.  
 Mannheim, G 5, 14, Jungbuschstr.  
 Mannheim, Mittelstrasse 53  
 Mannheim, Schwetzingenstr. 48  
 Neckarau, Kaiser Wilhelmstr. 29  
 Aalen, Bahnhofstrasse 27 b  
 Augsburg, Karlstrasse D 47  
 Augsburg, Karolinenstrasse D 66

Bamberg, Hauptwachstrasse 10  
 Bruchsal, Kaiserstr. 65  
 Bockenheim, Frankfurterstrasse 8  
 Darmstadt, Elisabethenstr. 7  
 Frankfurt a. M., Schnurgasse 33/35  
 Frelburg, Kaiserstrasse 35  
 Pflüch 1/3, Schwabacherstr. 15  
 Göppingen, Marktplatz  
 Hanau, Nürnbergerstrasse 24  
 Heidelberg, Hauptstrasse 87

Karlsruhe, Kaiserstrasse 161  
 Mainz, Schusterstrasse 49  
 Mainz, Gr. Bleiche 16  
 Offenbach, Frankfurterstrasse 35  
 Stuttgart, Eberhardstrasse 71  
 Wiesbaden, Weltritzstr. 30  
 Worms, Neumarkt 12  
 Würzburg, Kaiserstrasse 17  
 Würzburg, Marktplatz.

### Bekanntmachung.

Nr. 14 385. Die Auszahlung der Vergütungen für die im September d. J. stattgehabte Einquartierung findet in nachstehender Reihenfolge im großen Rathhause...

am Samstag, den 13. November: an die Quartierpflichtigen der Südstadt (südlich der Kriegstrasse) und Südweststadt (südlich der Kriegstrasse und östlich der Brauerstrasse)

am Freitag, den 15. November: an die Quartierpflichtigen der Oststadt (östlich der Karlsruherstrasse und nördlich der Kriegstrasse)

am Dienstag, den 16. November: an die Quartierpflichtigen der Weststadt (westlich der Karlsruherstrasse, nördlich der Kriegstrasse und westlich der Brauerstrasse einschließlich des Stadtteils Mühlberg).

Ohne Vorlage des Quartierbills kann die Auszahlung nicht erfolgen. Im Interesse einer raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts wird dringend gebeten die angegebenen Termine genau einzuhalten...

5856  
Karlsruhe, den 9. November 1909.  
Der Stadtrat.  
Dr. Horstmann.

### „Festhalle“ Daxlanden.

Empfehle den titl. Vereinen, Gesellschaften, Ausflüglern meine neuerbauten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Lokalitäten zur Abhaltung von Festlichkeiten, Abendunterhaltungen, Tanzausflügen.

Grosser Konzertsaal, freundliches, geräumiges Nebenzimmer, grosser schattiger Garten, Kegelbahn, Reine Weine, Exportbier, hell und dunkel, aus der Brauerei Sinner. Vorzügliche Küche. Billig gestellte Preise. Es ladet höflichst ein B. Pfisterer.

5870



Herren-Anzüge  
Herren-Paletots  
Herren-Pelerinen  
einzelne Hosen usw.

sowohl für normale, korpulente, wie schlanke Herren, das Neueste der Saison, empfiehlt in grosser Auswahl

L. Gretz, Schneider,  
27 Marienstrasse 27.

Anfertigung nach Mass  
prompt und billig.

### Gesangverein Cassalia Karlsruhe

Am Sonntag den 14. November, nachmittags 4 Uhr findet im Saale „Kühler Krug“

### Unterhaltungs-Abend

Bestehend in Vorträgen, Theater und Tanz. Programm à 20 Pfg. berechnen zum Eintritt...

### Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstrasse 26, Karlsruhe. — Telefon 2000. Vom 15. bis einschließlich 21. November finden in unseren

### Rezitations-Abende

statt und zwar von Rezitator Schauspieler Emil Dalkott, Gaggenu. Montag, den 15. November, abends 8 Uhr, im „Grünen Hof“.

### Verein für Homöopathie und Naturheilkunde Durlach.

Sonntag, den 14. November, nachmittags 4 Uhr im Saale des roten Löwen in Durlach

### Öffentlicher Vortrag

des Herrn Apotheker C. Müller aus Göppingen über Arterienverhärtung.

### Stiftungsfeier

bestehend in Musik, Gesang und Tanz, unter gefälliger Mitwirkung des Männergesangvereins und der Kapelle Durlach.

### Durlach.

### Saalbau zum roten Löwen, jr. 20.

Bringe meine hübsch eingerichteten Wirtschaftstischkabinen in empfehlende Erinnerung — Schöner Saal mit Theaterbühne und Klavier für Vereine und Gesellschaften zc.

Gute Küche. Eigene Schlichtung. Hochachtungsvoll J. Kummel.

### Guter billiger Mittagstisch.

### Die Sonne

scheint nicht alle Tage um bleichen zu können, verwenden Sie daher „Sonnit“ das hervorragende Wasch- u. Bleichmittel der Frauen zc.

### Gänselebern

werden fortwährend angekauft. 4936 Adlerstr. 28, Querb.

### Zirpilin

Russen, Schwaben Küchenknecht zuzusetzen = töte! sicher und schnell

### Tanzkurs

Am 17. November beginnt ein neuer guter Tanz-Kursus und können in demselben noch bis Weihnachten alle Tänze gelernt werden. Gell. Anm. bald. erbeten.

R. Landmesser, Tanzlehrer, Lachnerstr. 14, II.

Winterstr. 32, 5. St. L. in ein heizbares, freundl. möbl. Zimmer billig zu vermieten.